

II-3424 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 8. Feber 1982
Stubenring 1
Telephon 75 00

Z1. IV-50.004/90-2/81

1586 IAB
1982 -02- 08
zu 1649 J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. LEITNER
und Genossen an den Herrn Bundesminister
für Gesundheit und Umweltschutz betreffend
Überstundenleistungen im Bereich der Bundes-
verwaltung (Nr. 1649/J)

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende
Fragen gestellt:

- "1) Welche Haltung nehmen Sie zu den Vorschlägen
von Sozialminister Dallinger ein?
- 2) Wie hoch ist der Betrag für Überstunden und
Mehrdienstleistungen, der jeweils in den Jahren
1980 und 1981 in Ihrem Ressortbereich erforder-
lich war?
- 3) Wieviele Überstunden und Mehrdienstleistungen wurden
damit in den Jahren 1980 und 1981 jeweils in Ihrem
Ressortbereich vergütet?
- 4) Wie verteilen sich diese Überstunden und Mehrdienst-
leistungen auf die Zentralverwaltung, auf vorgelagerte
Dienststellen und auf Betriebe oder betriebsähnliche
Einrichtungen?

- 2 -

- 5) Wievielen Dienstposten bzw. Arbeitsplätzen entsprechen diese geleisteten Überstunden und Mehrdienstleistungen?
- 6) Planen Sie in Ihrem Zuständigkeitsbereich die Einstellung weiterer Arbeitskräfte anstelle der geleisteten Überstunden und Mehrdienstleistungen?
- 7) Wenn ja, wieviele neue Arbeitsplätze sollen dadurch geschaffen werden?
- 8) Wenn nein, warum lehnen Sie die Vorschläge des Sozialministers für Ihren Ressortbereich ab?
- 9) Welche finanzielle Belastungen würden sich durch die Vorschläge des Sozialministers für Ihren Ressortbereich ergeben?"

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1):

Bei den vom Bundesminister für soziale Verwaltung angestellten Überlegungen handelt es sich um einen von mehreren Denkanstößen, um grundsätzliche Lösungsvarianten zur Problematik der Arbeitsplatzsicherung zur Diskussion zu stellen.

Zu 2):

Der für diese Zwecke aufgewendete Gesamtbetrag belief sich im Jahre 1980 auf 10,647.903 Schilling. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1981 wurden 8,729.655 Schilling ausgegeben.

- 3 -

Zu 3):

Im Jahre 1980 wurden 88.340, in den ersten drei Quartalen des Jahres 68.006 Überstunden im Ressortbereich vergütet.

Auf Grund der zur Verfügung stehenden Unterlagen des Bundesrechenamtes kann lediglich die der Bezahlung zugrunde gelegte Anzahl der Überstunden bekanntgegeben werden. Hinsichtlich der anderen bei den Posten für "Mehrleistungsvergütungen" verrechneten Nebengebühren ist ein Rückschluß von den aufgewendeten Beträgen auf die Stundenanzahl jedoch nicht möglich.

Zu 4):

Auf die Zentralstelle entfielen im Jahre 1980 22.937, auf den übrigen Ressortbereich 65.353 Überstunden. Die Daten für die ersten drei Quartale 1981 lauten: Zentralstelle 17.150, sonstiger Ressortbereich 50.856 Überstunden.

Zu 5):

Die Beantwortung dieser Frage ist aus den zu Frage 3 angeführten Gründen nicht möglich.

Zu 6) - 8):

Es handelt sich hier um generelle, nicht nur den Ressortbereich betreffende Fragen, die sehr wesentlich die Interessen der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, der Gewerkschaft der Eisenbahner und der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten berühren. Gespräche mit diesen Gewerkschaften über generelle Probleme des öffentlichen Dienstes finden laufend statt.

- 4 -

Bei der Erstellung des Stellenplanes des kommenden Jahres wird jedenfalls nach sparsamsten Gesichtspunkten vorgegangen. Die Schaffung von Planstellen anstelle der Leistung von Überstunden müßte zwangsläufig zu einer Erhöhung der Planstellen führen. Damit würde nicht nur das Gegenteil dessen eintreten, was von den Oppositionsparteien dauernd gefordert wird - nämlich die Reduzierung der Planstellen -, es würde auch ein wesentliches Element der Flexibilität der öffentlichen Verwaltung verloren gehen.

Zu 9):

Wie schon zu Frage 1 ausgeführt wurde, stellt die Überlegung des Bundesministers für soziale Verwaltung lediglich einen Denkanstoß dar. Eine Quantifizierung allfälliger finanzieller Belastungen ist derzeit nicht möglich.

Der Bundesminister:

